



Landtag von Rheinland-Pfalz
Der Präsident
Herr Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 12
55116 Mainz

Fraktionsloser Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(Mitglied der Partei BSW)
im Landtag Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 3

55116 Mainz

Telefon: 06131/208-3136
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

Mainz, 29.01.2025

Kleine Anfrage

des fraktionslosen Abgeordneten Andreas Hartenfels

Aufsichtsgremien des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Fast jeder Bürger in Deutschland muss für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk bezahlen, jeden Monat pro Haushalt im Moment 18,36 Euro. Doch die Zufriedenheit über das Programm sinkt. Laut einer Langzeitstudie der Universität Mainz halten nur noch 62% der befragten Zuschauer das öffentlich-rechtliche Fernsehen für voll oder eher vertrauenswürdig. Ein wesentlicher Kritikpunkt von Experten sowie Zuhörern, Lesern und Zuschauern selbst ist, dass die Politik zu viel Einfluss auf das Programm hat. Laut einer Umfrage des Norddeutschen Rundfunks sagen 76% der Befragten, der Einfluss der Politik auf den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk sollte weniger stark sein. Ein entscheidender Faktor bei dieser Einflussnahme dürften die Aufsichtsgremien der Sendeanstalten sein. Darin sitzen viele Politiker und Verbandsvertreter mit Parteimitgliedschaften. So sitzen z.B. mehrere Mitglieder des rheinland-pfälzischen Landtages in den Gremien des ZDF und SWR. Sie bestimmen über die Ausgaben der Sender und verantworten wichtige Personalentscheidungen, wie die Besetzung des Intendanten und des Chefredakteurs. Bekannt geworden ist auch ein Brief der Medienstaatssekretärin Heike Raab an den SWR, mit dem sie vor eineinhalb Jahren ihren Einfluss geltend machen wollte. Zudem wechseln immer wieder Pressesprecher von Ministerien in eine hohe Position der Sendeanstalten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Findet die Landesregierung die Besetzung der Aufsichtsgremien der Öffentlich-Rechtlichen Sendeanstalten in der aktuellen Form richtig (wenn ja, warum)?
2. Ist es sinnvoll, dass die Aufsichtsgremien über Spitzenpersonal bei ZDF und SWR entscheiden, wenn diese doch (gemeinsam mit den Redaktionen) per Programmauftrag politische Entscheidungen kontrollieren und hinterfragen sollen?
3. Was möchte die Landesregierung in dieser Hinsicht ändern?
4. Inwiefern setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass der Einfluss von Politikern auf die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Sender schwächer wird?
5. Setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass Pressesprecher aus Ministerien künftig nicht mehr höhere Positionen in den Sendeanstalten besetzen dürfen?
6. Wie setzt sich die Landesregierung (zusammen mit den anderen Landesregierungen) dafür ein, politikfernere Aufsichtsgremien im Rundfunkstaatsvertrag festzuschreiben?



Andreas Hartenfels, MdL



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND
UND FÜR EUROPA
UND MEDIEN

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

20. Februar 2025

**Kleine Anfrage des fraktionslosen Abgeordneten Andreas Hartenfels
vom 29. Januar 2025 „Aufsichtsgremien des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“
– Drucksache 18/11294 –**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Kleine Anfrage 18/11294 „Aufsichtsgremien des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“
beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1

Die Besetzung der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten folgt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und entsprechender Staatsverträge. Die Gremien sollen die gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Legitimation sicherstellen und die Unabhängigkeit des Rundfunks durch eine unabhängige Aufsicht gewährleisten. Die Landesregierung sieht in der aktuellen Zusammensetzung eine ausgewogene Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen, darunter Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftsverbände, Zivilgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter der Politik. Die Zahl der Gremienmitglieder, die durch Landesregierung, Landtag oder die Kommunen benannt werden, ist laut Rechtsprechung auf maximal 30 Prozent gedeckelt.

1/2

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333



Zu Frage 2 und 3

Die Rolle der Gremien wurde in den letzten Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt, um deren Mitwirkung und Kontrolle zu intensivieren. Die Gremien sind unabhängig – nicht nur durch die gewährleistete Staatsferne, sondern gerade auch gegenüber den von ihnen beaufsichtigten Anstalten. Dazu gehört auch die Entscheidung über die Leitungsfunktionen.

Zu Frage 4

Die Landesregierung setzt sich für die Unabhängigkeit und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein.

Zu Frage 5

Personalangelegenheiten sind Sache der Rundfunkanstalten.

Zu Frage 6

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz als Vorsitzland der Rundfunkkommission hat sich dafür eingesetzt, dass im 3., 4. und 7. Medienänderungsstaatsvertrag die Rolle der Gremien gestärkt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

2/2

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333